

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 29 (1935)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rundschau

Zur Chronik.

Aus Kultur und Natur.

1. Die Reste des einstigen Weltreichsvolkes der *Assyrer* sollen nun endlich in *Syrien* Ruhe finden. 4—5000 von ihnen seien bereits dort angesiedelt, die andern sollen folgen.

Ein *Internationaler Frauenkongreß* hat kürzlich in *Konstantinopel* stattgefunden. Man bedenke: an einem einstigen Mittelpunkt des Islam, mit dem Harem und der Verschleierung der Frau!

Auf den *Philippinen* haben die Frauen bei der Entscheidung über die neue Verfassung mitgestimmt.

In England erregt eine Frau *von Elft* Aufsehen dadurch, daß sie gegen jeden Vollzug einer *Todesstrafe* Demonstrationen veranstaltet. Ehre sei ihr!

In *Szetſchuan* in China sind 800 *Bergleute* bei einer Wasserkatastrophe umgekommen.

Benedetto Croces, des bekannten, antifaschistisch gesinnten italienischen Philosophen und Geschichtschreibers, sämtliche Werke sind auf den faschistischen Index gesetzt worden.

Der berühmte rumänische Dichter *Panait Istrati*, der als früherer Anhänger einige wirksame Schriften gegen den Bolschewismus verfaßt hat, ist in verhältnismäßig jungen Jahren gestorben. Ebenso ist in Nizza, sechzigjährig, der wegen seiner „Sexualforschung“ nicht weniger berühmte Doktor *Magnus Hirschfeld* aus Berlin gestorben, den ich mit Doktor Max Hodann zusammen für einen der Zerstörer der Wahrheiten halten muß, auf denen wirklich menschliche Kultur ruht, und einen Zerstörer besonders auch des Sozialismus und aller Freiheit, die am „Ausleben“ zugrunde geht. Er selbst hat es sicher nicht so gemeint!

2. In Brasilien und auf den Philippinen haben *Wirbelstürme*, *Ueberschwemmungen* und *Erdrutsche* Hunderte von Menschenleben gekostet.

Auf der Insel Formosa sind durch *Erdbeben* etwa 3000 Menschen ums Leben gekommen und etwa 12,000 schwer verletzt worden.

Ein „*Welterdbeben*“ sei auf der ganzen Erde mehr oder weniger gespürt worden. 17. Mai.

Zur schweizerischen Lage.

Das politische Leben der Schweiz (das ja in diesen Uebersichten vorwiegend beachtet wird) kreift in dieser Berichtszeit um die gleichen Punkte wie in der letzten.

Diesmal ist eine Zeitlang die *Außenpolitik* (um nochmals dieses leider viel zu anspruchsvolle Wort zu brauchen — denn wir haben keine wirkliche Außenpolitik, obgleich wir eine haben *sollten* und *könnten*) im Vordergrund gestanden, und zwar zunächst in Gestalt des *Falles Jacob*. Die deutsche Antwort auf die Note des Bundesrates, welche die Wiederauslieferung Jacobs verlangte, ist schlimmer ausgefallen, als ich mir eigentlich gedacht hätte. Denn eine großartige Gebärde der Generosität gegenüber der „kleinen Schweiz“ wäre diesen Leuten allfällig doch möglich gewesen und hätte international günstig gewirkt. Statt dessen kam nach langem Abwarten eine von höhnischer Geringschätzung eingegebene Note, welche, ohne sich auf das schweizerische Beweismaterial für das Gegenteil überhaupt einzulassen, kurzweg behauptete, die amtlichen deutschen Organe hätten mit der Verschleppung Jacobs nichts zu tun gehabt. Aber man muß wohl bedenken, daß, wenn auch eine solche hochherzige Gebärde diesen Leuten vom Dritten Reich möglich gewesen wäre, sie daran wohl durch die Tatsache verhindert worden wären, daß Jacob ein Jude ist, und daß es, wie anderwärts gezeigt wird, draußen jetzt auf eine neue Judenhetze geht. Gut orientierte Deutsche erklären auch, Jacobs Unschädlichmachung sei besonders aus Reichwehrkreisen verlangt worden,

da Jacob über die Reichswehr und ihre Leiter zu viel wisse. Das bleibe dahingestellt. Der Bundesrat hat dann nach langem Zögern das Schiedsgericht angerufen, das für solche Fälle in einem Vertrag mit Deutschland vorgesehen ist, und Deutschland hat es angenommen, was immerhin ein Einlenken bedeutet. Es ist nun bloß zu hoffen, daß es dabei nicht auf allzugroße Nachgiebigkeit gegen das auch durch diese Sache schwer kompromittierte Hitlertum hinauskomme. Inzwischen beschäftigt viele die Frage, ob Jacob noch *lebe*. Und auf Grund der erwähnten Umstände muß es uns ja klar sein, daß man sich draußen nicht leicht wird entschließen können, diesen Mann, der ein ganzes Archiv der Anklage gegen das Aufrüstungs-Deutschland bedeutet, wieder herauszugeben. Es gibt ja sogar Schweizer, denen es nicht nur nicht Kummer, sondern Freude bereitere, wenn das *nicht* der Fall wäre. Diese Schweizer, die sich meistens aus den „nationalen“ Kreisen, besonders aus der „Nationalen Front“, rekrutieren, fühlen sich wieder berufen, dem Gegner, das bedeutet: ihrer *eigentlichen* Heimat, zu Hilfe zu kommen. (Darin besteht ja der Haupt Sinn ihrer „nationalen“ Einstellung.) Sie eifern sich darüber, daß die Schweiz sich für einen „dreckigen Juden“ einsetzen sollte, für einen Mann dazu, „der sein Land verraten habe“. (Opposition gegen Lüge, Vertragsbruch, Rüstung zum Weltbrand ist für diese Leute „Landesverrat“.) Der aus dem Hitler-Reich importierte Antisemitismus ist diesen Patrioten teurer als das Recht und die Würde der Schweiz. Aber auch bessere Schweizer sind geneigt, es zu bedauern, daß wir uns für einen Fremden, „eine uninteressante Persönlichkeit“, einsetzen sollten. Daß diese Persönlichkeit nebenbei ein *Mensch* ist und daß eine Gattin um diesen Menschen zittert, scheint auch den frommen Herrn Motta, der bei Gelegenheit so schön von der Liebe zu reden weiß, nicht anzufechten. Ebenso wenig den Völkerbundsmann Motta, daß Jacob sich für die Sache des Friedens und des Völkerrechtes gegen einen beide aufs äußerste bedrohenden Militarismus eingesetzt hat. Und zwar mit größter Tapferkeit. *Solche* Tapferkeit zählt bei diesen „Pazifisten“ nicht. Im übrigen aber wäre doch zu sagen, daß gerade das etwas Großes ist, wenn die Schweiz sich nicht für einen verschleppten eigenen Bürger, etwa einen Großdividendenhecht, einen Obersten oder einen politischen Drahtzieher, einsetzt und auch nicht für die an den gleichen Ort verschleppten — drei Milliarden Schweizerfranken, sondern einfach für einen Menschen. Es ist eine unvergängliche Ehre Frankreichs und eine gewaltige Stärkung seiner sittlichen Kraft geworden, daß es sich einst jahrelang in seinen Allerbesten mit Leidenschaft für das Recht eines „dreckigen Juden“, des kleinen Hauptmanns Dreyfuß, einsetzte. Den Verächtern des Völkerbundes aber ist zu zeigen, daß es doch Etwas ist, wenn der Kleine gegen den Großen sich in einer solchen Sache zuletzt an ihn wenden darf.

Der Fall Jacob ist nicht die einzige Form, worin in der Berichtszeit das Dritte Reich die Schweiz gereizt, geschädigt und bedroht hat. Es ist aus dem gleichen Basel, das den Schauplatz des an Jacob begangenen Verbrechens bildete, ein Ehepaar auf deutschen Boden gelockt worden, dem es vielleicht auch übel ergangen wäre, wenn man nicht einen neuen Fall Jacob doch hätte vermeiden wollen. Fortwährend werden die schweizerischen Zeitungen verfolgt. Der Richterstatter der „Nationalzeitung“ in Berlin ist um ein Haar der Ausweisung entgangen. Ziemlich ungehindert geht die *Organisation des Nationalsozialismus* auf unserem Boden, deren Ziel die geistige und politische Eroberung der deutschen Schweiz ist, weiter und die mannigfaltigste hitlerdeutsche *Propaganda*. Gegen diese hat sich, soweit sie an den *Universitäten* und durch deutsche *Studenten* stattfindet, ein Aufruf schweizerischer Studenten gewendet. Die Ablehnung dieser Propaganda durch ein Komitee der deutschen Studentenschaft ändert selbstverständlich an der Tatsache dieser Propaganda nichts. Nur ist nie zu vergessen die viel gefährlichere, vielleicht nur mehr versteckte und überhaupt weniger direkte deutsche Propaganda unserer reichsdeutschen *Professoren* in ihrer großen Mehrheit und die ihrer sehr zahlreichen schweizerischen Gehilfen in unseren Schulen, von der Primarschule bis zur Hochschule.

Zu ihr hat sich neuerdings wieder offener eine vom *Süden* ausgehende gefellt, die eine italienische, ja sogar rhätoromanische, sich nach Erlösung sehrende *Irredenta* im Tessin wie im italienischen und romanischen Teile Graubündens konstruieren möchte. Es scheinen vor allem die Kreise der „Adula“ dahinter zu stecken, dazu natürlich die „fascisti svizzeri“. Diese Dinge brauchen uns glücklicherweise nicht den Schlaf zu rauben. Die italienischen und romanischen Rhätier sind wenn möglich noch eifrigere Bündner und Schweizer als die deutschen, und auch die Tessiner haben bei allerlei Anlässen immer wieder gezeigt, daß die Sehnsucht nach Erlösung durch das faschistische italienische Zuchthaus bei ihnen merkwürdig unentwickelt ist. Dennoch wiederhole ich: Die italienische Schweiz ist bei uns lange vernachlässigt und besonders der Tessin, wie das italienische Volk selbst, durch ein gewisses alemannisches Schweizertum mit der selbstgerechten Geringschätzung behandelt worden, welche einem völligen Mangel an Verständnis für *diese* Art entsprang. Ueberhaupt ist die Schweiz lange zu einseitig „deutsch“, und zwar im weniger wertvollen Sinne des Wortes, gewesen. Jene Versuche, eine *Irredenta* zu schaffen, dürfen also schon eine Mahnung sein, daß dies rasch anders werde.

Das heutige Deutschland sorgt nun freilich selbst nach Kräften dafür, daß wir von diesem deutschen Banne (der mit der tieferen deutschen Kultur, die einst war und wieder sein wird, nichts zu tun hat) frei werden. So hat neuerdings *Göring*, offenbar direkt nach einer Morphiumeinspritzung, zu Freiburg im Breisgau eine Rede gegen die schweizerische Presse, die doch immer noch zahm und rückfichtsvoll genug ist, und gegen die Schweiz (das „Nachbarländchen“) überhaupt gehalten, welche durch Ausdrücke wie „idiotische, faudumme Lügen“ und „statt mit Gehirn mit Dreck, der ihre Schädel ausfüllt“ (er hätte hinzufügen können: „mit Tinte statt mit Blut“) verziert war und der Schweiz bei Fortsetzung solcher nicht gleichgeschalteten Aufführung mit einer Einschränkung des Fremdenverkehrs drohte. Für die Mischung von rohester Beleidigung mit raffinierter Berechnung bei diesen Kerlen ist bezeichnend, daß *Göring* mit dieser Drohung wirklich den Punkt getroffen hat, wo jede Gefahr den Schweizer in Schrecken setzt. Das Echo aus dem Lande Wilhelm Hotels auf diese wilde Beschimpfung und schlaue Bedrohung ist denn auch sehr sanft ausgefallen. Als „nationale Würdelosigkeit“ (um mit Absicht diesen Lieblingsausdruck der Patrioten zu brauchen) und zugleich als Dummheit ist es denn auch zu bezeichnen, wenn ausgerechnet in der Zeit, wo Hitler-Deutschland uns auf alle Art verhöhnt und bedroht, die Schweiz 36.000 Franken für die Teilnahme der Schweizer an einer Berliner Olympiade im Jahre 1936 hergibt, die selbstverständlich nur eine einzige Propaganda für Hitler-Deutschland sein soll. Landesverteidigung!

Wenn wir nun von der äußeren zur *inneren Politik* übergehen, so können wir deren Geschehnisse wohl am besten unter das Zeichen des Kampfes zwischen unserer mehr oder weniger faschistisch gesinnten *Reaktion* und den ihr entgegentretenden Kräften bringen. Diese Reaktion probiert es immer wieder, auf allen möglichen Wegen. Der schlimmste Sitz solchen Treibens ist im Bundeshaus in Bern. Dort wird am meisten „Hochverrat“ geübt, ich meine: dort wird am frivolsten mit Demokratie und Verfassung umgesprungen. Dies besonders auch in der Form, daß Pläne der Reaktion, die von Volksabstimmungen verworfen worden sind oder mit Sicherheit verworfen würden, auf Umwegen, am liebsten durch das bequeme Mittel „dringlicher Bundesbeschlüsse“, dennoch durchgesetzt werden. Das neueste Beispiel dieser Art ist die Ausbeutung des Falles Jacob zur Schaffung einer *politischen Bundespolizei*, die in einer Volksabstimmung nie durchzusetzen wäre. Sie tritt unter dem Deckmantel des Schutzes gegen das Spitzeltum auf und in der Form, daß einfach der Bundesanwaltschaft (die ohnehin schon eine mehr als fragwürdige Einrichtung bedeutet) eine Anzahl Beamten beigegeben werden sollen, die über die Köpfe der kantonalen Polizeibehörden weg für die „äußere und innere Sicherheit“ der Schweiz zu wachen haben. Man beachte: auch über die „innere Sicherheit“. Wie leicht läßt sich da ein Zusammenhang mit

politisch mißliebigen Schweizern, vor allem den vielgehaßten Antimilitaristen, schaffen! Und man bedenke: Mit dieser Einrichtung hätten wir also richtig auch eine *Geheime Staatspolizei*, welche der deutschen Gestapo, der italienischen Ovla und der einstigen (!) sowjetrussischen G. P. U. entspräche, nur vorläufig in noch ein wenig harmloserer Form. Auch wäre damit in aller Stille wieder ein sehr wichtiges Stück kantonaler Hoheit, in deren Kreis bisher diese Dinge fielen, beseitigt. Wenn die gleichen Leute, die in bezug auf die Krisen-Initiative einen mächtigen Lärm erheben, daß sie den Föderalismus schädige, in diesem Falle keinen Laut von sich geben, so zeigt das nur wieder von neuem, wie weit es mit diesem Föderalismus her ist! Auch bei den Welschschweizern!

Inzwischen tut diese politische Polizei auf dem eidgenössischen wie auf dem kantonalen Boden was sie etwa kann. Sie verbietet als kantonale Humbert-Droz, im Kanton Waadt „marxistische Kurse“ abzuhalten, weil diese natürlich nicht gerade nach den Rezepten der „Gazette de Lausanne“ gehalten würden und verhindert die Aufführung des russischen Films „Potemkin“ wegen seines revolutionären Inhaltes. Seit Mayor Davel und Alexander Vinet ist es halt lange her! Sie verbietet in eidgenössischer Form, daß Henri Barbusse nach Genf komme, um dort im Namen des Weltbundes gegen Krieg und Faschismus zu reden, hat aber den Faschistenkongreß in Montreux auf keine Art behelligt und läßt Propagandisten für Mussolini und Hitler wie für die „Action française“ jederzeit kommen, so viele nur wollen. Unser Regierungssystem ist eben in all diesen Dingen von oben bis unten nicht schweizerisch und nicht demokratisch, sondern eine Teilorganisation der Internationale der ganz oder halb faschistischen Reaktion.

Im Angesicht dieser Tatsachen kann man es nur immer wieder bedauern, daß die *Jungliberalen*, statt ihre Aufgabe in einer neuen Betonung des Liberalismus, zu dessen Wesen die möglichst große Unabhängigkeit des Einzelnen von der Staatsmacht (wie der Kirchenmacht und Gesellschaftsmacht, besonders auch der Militärmacht) gehört, ihre Aufgabe zu suchen, was eine sehr wichtige und aussichtsvolle Sache wäre, ihre Bestrebungen vielmehr in der Losung vom „starken Staat“ zusammenfassen und diesem Ziel auch die Totalrevision der Bundesverfassung unterstellen wollen. Das haben sie neuerdings wieder auf ihrer Aarauer Tagung bekräftigt. Wenn aber die Begriffe nicht auf den Kopf gestellt werden, so ist das die Tendenz des *Faschismus* und des *Bolschewismus* und nicht des *Liberalismus*.

Diese Reaktion tritt auch in der Form des Kampfes gegen die *Freimaurerei* auf. Man kann das Volk ja leicht gegen solche „dunkle Mächte“ aufhetzen. Es ist solchem Gespensterglauben sehr zugänglich und wird dadurch von den wahren Ursachen unserer Uebel abgelenkt. Ich habe mit dem Freimaurertum nichts zu tun. Auch gebe ich zu, daß es nicht selten eine Protektionswirtschaft zu üben scheint, die ein Stück Korruption bedeutet. Im übrigen aber ist alles, was man über seine böartigen Tendenzen, seine Schuld am Weltkrieg, seine Verbindung mit dem Judentum oder gar seine Gottlosigkeit fabelt, eben Fabel, Schauer-märchen für Kinder, ohne jeden Anhalt an der Wirklichkeit, aber doch eine Luftverderbnis. Es ist aber ein gutes Zeichen für die Urteilskraft unseres Volkes, daß es die Initiative gegen die Freimaurerei bloß auf 56,000 Unterschriften gebracht hat.

Im gesteigerten Maße gilt das über die Hetze gegen das Freimaurertum Gefagte vom *Antisemitismus*. Er ist vollends eine meistens sehr bewußte Spekulation auf die schlimmsten Eigenschaften der Menschennatur. Neben der Tatsache, daß er jeden einzelnen Menschen wie jede Bewegung, die sich ihm ergeben, sofort gemein macht, ist besonders die andere gefährlich, daß er von der Wirklichkeit der Dinge ablenkt und in das Land eines äußerst böartigen Aberglaubens führt, mit dem man am besten den Hexen- und Teufelsaberglauben von einst vergleicht, nur daß er noch weitergreifende Folgen hat. Der Prozeß wegen der „*Protokolle der Weisen von Zion*“, der sich wochenlang in Bern abgespielt hat, ist von seiten der Antisemiten und Hitleragenten als Propaganda für den

Antifemitismus und das Hitlertum überhaupt gedacht. Diese Leute wissen ganz gut, daß die „Protokolle“ eine grobe Fälschung bedeuten (wobei das Interessanteste ist, daß Hitler selbst sie offenbar genau studiert hat, um ihnen einen großen Teil seiner *eigenen* Methoden zu entnehmen!), aber sie wissen auch, daß auch die Lüge ansteckend wirkt. Darin haben sie ja große Erfahrung. Ich halte es darum für einen Mißbrauch der Rechtseinrichtungen, wenn ein antifemitischer Hitler-Agent wie der sogenannte Experte Fleischhauer fünf Tage lang solche Propaganda treiben durfte, und für eine schwere Dummheit, wenn die schweizerische Presse ihn dabei durch lange Berichte ungewollte Helfersdienste leistete. Ehre aber *Carl Loosli* und *Professor Baumgarten*, daß sie sich nicht zu vornehm dünkten, diesen Teufelsmist der antifemitischen Lüge aufzudecken und anzufassen. *Das* ist Heldentum! *Das* ist Zivildienst! *Das* ist nationale Tat! Inzwischen ist denn auch durch ein, im übrigen sehr mildes, Urteil festgestellt worden, daß die „Protokolle“ eine *Fälschung* sind.

Daß zu den Erscheinungsformen der Reaktion auch unser *Militarismus* gehört, ist selbstverständlich. Er hat aber in der Berichtszeit einige schwere Niederlagen erlebt. Die eine ist die, daß der Fall *Hagenbuch* laut Entscheid des Bundesgerichtes nicht vor ein Militärgericht kommt, wo allerlei Rache sich hätte austoben dürfen und allerlei zugedeckt worden wäre, sondern vor das ordentliche Gericht. Die andere ist wieder im Kampfe gegen die *antimilitaristischen Pfarrer* erlebt worden. Als es sich letztthin, am 5. Mai, um die Wahlen zur kantonalen Geistlichkeits-synode von *Zürich* handelte, brachten es die „freisinnigen“ und die „positiven“ Christen von *Zürich-Wiedikon* nicht über sich, *Pfarrer Bachmann* auf ihre Liste zu nehmen, immer wegen jener Urfünde, daß er in einer Versammlung, an der auch Kommunisten zahlreich teilnahmen, gegen die Aufrüstung der Schweiz geredet hat. *Das* sind heute die tödlichen Ketzereien! Aber siehe da, *Pfarrer Bachmann* und die übrigen religiös-sozialen Kandidaten erhielten das Doppelte der Stimmen der andern! Immer wieder zeigt sich: unser Volk läßt sich nicht von den Offizieren und Unteroffizieren gegen *Pfarrer* hetzen, die für Christus gegen Baal stehen. Diese *Pfarrer* dürfen sich nur nicht einschüchtern lassen! — Von dem dritten Beispiel nachher.

Was nun das *andere* Lager betrifft, das der Reaktion entgegensteht oder doch entgegenstehen sollte, so ist von der *Sozialdemokratie* zu sagen, daß ihr Zerfall weitergeht. Er vollzieht sich bezeichnenderweise gerade an dem Manne, der ja seit langem das Verhängnis des schweizerischen Sozialismus verkörpert: an *Robert Grimm*. Dieser Konjunktur-Politiker zieht sich ganz fachte aus dem gefährlichen Sozialismus heraus in die — vermeintliche! — Sicherheit eines halb-bürgerlichen Rahmens und — in den Bundesrat hinein! Der neueste Schritt auf diesem Wege ist ein Aufsatz: „Eine neue Politik“, der die Runde durch die sozialistische Presse gemacht, aber in der bürgerlichen Welt offenbar mehr Aufsehen erregt hat, als in der ganz apathisch gewordenen sozialistischen. Darin wird der Sozialismus völlig aufgegeben. Freilich nur für die heutige Konstellation. Aber ob der für heute aufgegebene Sozialismus sich nachher wieder finden läßt? Daß *Grimm* anderswärts vorschlägt, man möge die Zahl der Bundesräte vermehren und erlauben, daß aus demselben Kanton gleichzeitig zwei solche gewählt werden dürfen, liefert einen Kommentar zu dieser „neuen Politik“. Schon läßt die „*Neue Zürcher Zeitung*“ durchblicken, daß *Grimm* nun „papabilis“ sei und man ihm nach einer „Bewährungsfrist“ das Gatter zum Bundespalais öffnen könne. Die Bewährung wird vom Wetter abhängen!

Kein Wunder, daß die „Front“ nun den Sozialismus in die Hand nimmt und ihren „eidgenössischen Sozialismus“ proklamiert.¹⁾ Die Wahlen in *Zürich*

¹⁾ Es ist die „Nationale Front“ gemeint. Eine andere der Fronten, die „*Neue Schweiz*“, setzt eine Initiative ins Werk, deren Zweck vor allem die Schaffung eines *eidgenössischen Wirtschaftsrates* ist. Diefem Postulat kann ich von Herzen zustimmen. Es steht längst auch auf meinem „Programm“.

haben gezeigt, daß die Arbeiterchaft zum großen Teil mit diesem Sozialismus nicht geht. Umgekehrt haben die in Basel bewiesen, daß ein radikaler Sozialismus erobernd voranschreitet, sogar wenn dieser Radikalismus nicht von der allerbesten Qualität ist. Das hat sich auch in Genf bei den neuesten Wahlen kundgetan, bei denen sich Nicole trotz schwerster Anfechtung, und, wie man weiß, vielen eigenen Fehlgriffen, ganz gut gehalten hat. Der erste Mai hat in Basel auf Schweizerboden zum ersten Male die Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten auftreten sehen, während in Graubünden die „Front der Arbeit“ zu einem großen Sieg der Demokraten und Jungbauern geführt hat.

Inzwischen hat die Reaktion zwei ganz große Niederlagen erlitten. In Zürich, das in dieser Beziehung den schweizerischen Brennpunkt darstellt, ist eines der Kinder der Lex Häberlin, die sogenannte Lex Weisflog, mit Wucht und im grundsätzlichen Teil von allen Bezirken, auch den ländlichen, verworfen worden. Es war ein ganz besonders böses Gebilde, das den Zweck verfolgte, der sogenannten „intellektuellen Urheberchaft“ aller „Störung von Ordnung und Sicherheit“ auf den Leib zu rücken und damit der Reaktion das Recht geben sollte, jede ihr unbequeme Gesinnung zu verfolgen. Ein Mittel dazu wäre die Ruinierung der betreffenden Presse, das Verbot entsprechender Vereinigungen und sogar die Ausschließung mißliebiger politischer Parteien aus der Beamtenchaft und den Behörden gewesen — alles ohne jeden ernsthaften Rechtsschutz gegen völlige Willkür. Natürlich zielte das Gesetz auch wieder besonders auf die Antimilitaristen, vor allem auf die Lehrer und Pfarrer unter ihnen. Die Abstimmung hat gezeigt, daß das Volk solche Gesetze ein für allemal nicht will. Kein einziges ist bisher angenommen worden; weder auf dem eidgenössischen noch auf dem kantonalen Boden konnten sie durchdringen. Einem in St. Gallen geplanten würde es ähnlich gehen. Die Frage ist nur, wie man verhindern kann, daß die Behörden das vom Volk Verworfenen trotzdem tun und auf Umwegen dekretieren. Dieses Problem ist dringlich und muß bald demokratisch gelöst werden, wenn der Faschismus nicht trotz allen ihn verneinenden Volksabstimmungen „trocken“ siegen soll.¹⁾ Eine Niederlage der Reaktion war im Grunde auch die Verwerfung des Gesetzes über die sogenannte *Verkehrsteilung*, welches das Verhältnis zwischen Eisenbahn und Auto regeln sollte. Es tat dies viel zu sehr auf Kosten der Eisenbahn. Darum vor allem hat der Schreiber dagegen gestimmt. Viel Zorn erregt haben die Methoden, womit man von „oben“ her das Machwerk durchsetzen wollte. Es sollen von Bundes wegen, ganz gegen Recht und Verfassung, 300,000 Franken für die Propaganda ausgegeben, auf das Eisenbahnpersonal ein ganz ungehöriger Druck ausgeübt worden sein und anderes

¹⁾ Wie rasch Menschen sinken, sobald sie sich einmal mit dem Geist solcher Gesetze einlassen, zeigt u. a. ein intellektuell und moralisch gleich geringwertiger Artikel, worin Professor Haster von der Universität Zürich für die Lex Weisflog eintrat (vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ 24. April 1935). Ist es schon erstaunlich, daß ein Lehrer des Strafrechtes ein Gesetz empfiehlt, dessen juristisch liederliche Redaktion offenkundig ist, so ist vollends miserabel folgender Passus: „Es ist gut, daß in einer besonderen Bestimmung die Normen der Nichtwählbarkeit auch auf die Pfarrer und die Behördemitglieder der reformierten Landeskirche als anwendbar erklärt werden ... [Welch ein Stil!] Es kommt zum Ausdruck, daß es einem Diener an Gottes Wort wenigstens in unseren [unvergleichlichen!] Verhältnissen nicht zukommt, gegen den Staat zu wühlen und den Umsturz zu betreiben. Er würde damit seiner höchsten und schönsten Aufgabe, das Wort Gottes zu verkünden und die Menschen zur Liebe zu erziehen, untreu.“

Was sich wohl Professor Haster unter dem „Wort Gottes“ vorstellen mag? Und was unter der Erziehung zur Liebe ausgerechnet im Gegensatz zu Pfarrer, die gegen den Krieg kämpfen? Denn nur gegen diese geht es ja. Wir hätten gerade Professor Haster einen solchen Tiefstand der Gesinnung und der Gedanken nicht zugetraut.

derart. Auch wurde wieder das Radio ausschließlich in den Dienst der Behörde gestellt und jede Gegenrede verhindert. Man hat das mit Recht Göbelsche Methoden genannt. Was nun aber kommen müßte, wäre eine Initiative, welche wirklich der Eisenbahn das Recht gäbe, das sie als eine Einrichtung, die das Schweizervolk mit schweren Opfern zu Nutzen aller geschaffen hat und die tyrannische Privatwillkür des Autos aufs äußerste beschränkte. Sonst hilft jene Verwerfung nicht viel.

Die Reaktion ist also wiederholt schwer geschlagen worden. Aber nun steht noch die Entscheidung im Kampfe um die *Krisen-Initiative* bevor. In diesem Kampfe vor allem stehen die beiden Lager gegeneinander: Angestellte, Jungbauern, Gewerkschafter und Sozialdemokraten mit ihrem Anhang in andern Kreisen auf der einen, alle bürgerlichen Parteien und auch der Bauern- und Gewerbeverband offiziell auf der andern Seite. Es wird ein terroristischer Druck auf große Volkskreise ausgeübt werden. Man wird sie mit vermehrter Arbeitslosigkeit, mit Entwertung ihrer Guthaben, wenn nicht gar mit dem Staatsbankrott, schrecken. Die Jungbauern sollen möglichst vom Einsteigen für die Initiative abgehalten werden. Professor Laur wagt nicht, zu ihr zu stehen, angeblich wegen ihrer Verbindung mit dem Sozialismus. Doktor Müller erleidet in der Berner Bauern- und Gewerbspartei schwere Anfechtung. Auch die Jungliberalen und die Christlich-Sozialen gehen mit der Großfinanz. Der Bundesrat fucht der Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen dadurch, daß er plötzlich 200 Millionen für die Entschuldung der Landwirtschaft in Aussicht stellt. Bundesrat Minger beschimpft die Anhänger der Initiative; der neue Bundesrat Obrecht verdient sich seine Sporen als Rufer im Streit gegen sie. Die Großfinanz scheint die Initiative sehr zu fürchten (was *für* sie spräche) und so die ganze Reaktion. Man erwartet von ihrem Sieg, wie es scheint, vor allem eine Stärkung des *Sozialismus*. Sie wird zur Abschreckung als sozialistisches Machwerk hingestellt. Gewaltige Geldmittel werden aus den großen Geldfäcken gegen sie aufgeboden werden. Dazu hat der Lohnabbau schon an verschiedenen Orten angesetzt, so z. B. bei dem ohnehin schwer bedrängten Bankpersonal. Ueberhaupt zielt die Gegnerschaft vor allem darauf, in ihren Lohnabbau-Plänen nicht gestört zu werden. Von diesem Lohnabbau erwarten sie, kurzfristig wie immer, alles Heil.

Die Entscheidung scheint darum für unsereins nicht schwer zu sein. Und doch ist sie nicht so leicht. Denn daß der Initiative arge Fehler anhaften, ist nicht zu leugnen. Die in meinen Augen schwersten habe ich schon das letzte Mal genannt. Da sind die Prämienanleihen, die an die Staatslotterie grenzen, und da ist vor allem die ungeheuerliche Kompetenz, die der Bundesversammlung eingeräumt werden soll, für fünf Jahre das Wirtschaftsleben der Schweiz zu gestalten und sich nachher diese Kompetenz noch einmal für fünf Jahre zuzusprechen. Ich gestehe, daß das in einigermaßen stabilen Zeiten für mich genügte, um mich zu einem entschiedenen Nein zu veranlassen. Aber nun steht die ganze Hochfinanz und die ganze Reaktion gegen die Initiative; nun wird der Kampf zu einer Entscheidung zwischen den zwei Heeren gemacht. Ein Sieg der vereinigten Reaktionen wäre eine sehr bedenkliche Sache. Dazu kommt, daß in der Initiative doch auch wertvolle Dinge stehen. Daß, um nur dies hervorzuheben, die Sorge um eine „auskömmliche Existenz“ jedes Volksgenossen und ferner die Erhaltung eines genügenden Lohnes und eines „gerechten Preises“ in die Bundesverfassung kommen, scheint mir (trotz einigen berechtigten Vorbehalten in bezug auf die Regelung der Preise) eine gute Sache und ein großer Fortschritt. Was aber die Nachteile betrifft, die bei einer Annahme der Initiative zu befürchten sind, so darf wohl gehofft werden, daß sie bei der Ausführung vermieden werden könnten, so vor allem die Prämienanleihen und die übertriebene Kompetenz der Bundesversammlung. Vielleicht darf man heute nicht mit allzu langen Terminen für den Bestand der Dinge rechnen und kann man die Initiative mehr als eine *Demonstration* für eine bestimmte Orientierung der schweizerischen Politik betrachten. Endlich sind manche Einwände ganz unsichhaltig. Wer weiß, wie leicht sich die Bundeskasse

öffnet, wenn das *Militär* daran pocht, der lacht über die Behauptung, daß wir das Geld für die Verwirklichung der Postulate der Initiative nicht aufbrächten. Wir lachen auch über die Drohung mit dem Ruin unserer Volkswirtschaft. Wie oft ist er bei ähnlichen Anlässen schon angedroht worden. Inzwischen zahlen die Aluminiumfabrik Neuhausen (die ihrer Arbeiterschaft 9 Prozent am Lohn abziehen will) 10 Prozent Dividende und die Vereinigten Chemischen Fabriken Basel noch mehr. Und wenn man mit dem Zerfall der Währung kommt, den man inzwischen wacker fördert, zum Teil gerade um die Initiative zu Fall zu bringen, so geziemt es sich, daß man sich ein für allemal durch solche Mittel nicht einschüchtern läßt.

Auf Grund dieser und ähnlicher Ueberlegungen kann man es, meine ich, trotz allem verantworten, am 2. Juni durch ein *Ja* für eine wirklich neue schweizerische Politik zu demonstrieren.

Die Verfolgung der antimilitaristischen Pfarrer.

Die antimilitaristischen Pfarrer werden nicht bloß in Zürich oder Bern, sondern auch sonst im Lande herum angefochten. Und sie sind mancherorts in einer viel gefährlicheren Lage als in Zürich, wo sie, wie die Erfahrung nun ja wiederholt gezeigt hat, einen sicheren Rückhalt an der großen Mehrheit der Gemeindegemeissen besitzen. Auf einem ganz besonders ausgesetzten Posten stehen sie aber in Gemeinden, die finanziell oder anderswie von bestimmten Mächten abhängig sind, denen der Antimilitarismus besonders verhaßt ist. Das ist der Natur der Sache nach besonders in den Diasporagemeinden der Fall. In zwei solchen Gemeinden spielt sich neuerdings ein schwerer Kampf dieser Art ab. Ich meine die von *Locarno* und von *Siders* im Wallis. Auf Wunsch der Beteiligten habe ich bisher in den „Neuen Wegen“ nichts davon gesagt. Nun aber meine ich, hat das Schweigen keinen Sinn mehr und ist die Stunde des Redens gekommen.

Es handelt sich vor allem um die Pfarrer *Holzer* in Locarno (den unsere Leser aus einigen Beiträgen für die „Neuen Wege“ kennen) und *Waldvogel* in Siders. Holzer wird vor allem aus den Kreisen der Hoteliers angefochten, welche offenbar nicht übel Lust hätten, ihm ein wenig die Schuld am Niedergang des dortigen Fremdenverkehrs zuzuschreiben. Sie klagen ihn nicht bloß des Antimilitarismus, sondern auch des Sozialismus an, wahrscheinlich auch gerade des Kommunismus. Dabei ist Freund Holzer politisch nie irgendwie hervorgetreten, hat nie einer Partei angehört und ist auch keine politische Natur. Nur, daß sein Herz nicht gerade bei den Maschinengewehren und großen Geldbeuteln ist und er, was mit Bedacht gesagt wird, auch nicht gerade zu den Freimaurern gehört. Aber das genügt ja schon zu dem Verdacht, daß er „nicht das Wort Gottes verkündige“. Und so tönt es denn besonders seit dem Kampf um die Aufrüstungsvorlage, in die eingegriffen zu haben man ihn, mit Unrecht übrigens, beschuldigt: „Weg mit ihm!“

In feiner Art fast noch schlimmer ist der Kampf gegen Pfarrer *Waldvogel*. Hier geht es, soviel ich weiß, rein um den Antimilitarismus. Und nun muß man wissen, daß das Siders benachbarte Chippis, das kirchlich zu Siders gehört, einer der Hauptsitze der schweizerischen Rüstungsindustrie ist. Dazu kommt, daß in dem Schlosse, von dem Siders dominiert ist, ein sehr reicher Oberst wohnt. Von diesen zwei Mächten wird nun Pfarrer Waldvogel in die Mitte genommen. Die nehmen nun, ähnlich wie in Locarno die Hoteliers und in Zürich die Offiziere und Unteroffiziere, nebst den von ihnen inspirierten Regierungsräten, Professoren und Frontisten, die rechte Auslegung des Wortes Gottes in die Hand. Daß es in diesen Kreisen auch Leute gibt, die anders gesinnt sind, kann diesen Sachverhalt leider nicht wesentlich ändern. Man geht dabei so unehrlich und illegal, sagen wir wieder mit Bedacht: so unritterlich und feige vor, wie es sich ja für Verherrlicher des kriegerischen Heldentums ziemt. Statt den Frontalangriff zu wagen und die Gemeinde, die doch nicht bloß aus Obersten und Rüstungs-

interessenten nebst ihren Untertanen besteht, vor die Frage zu stellen: „Wollt ihr euren Pfarrer weg wählen, weil er unbedingt gegen den Krieg und die Kriegsrüstung ist?“ legt man ihr folgende Fragen vor:

1. Ist es Ihnen daran gelegen, daß man Ihre patriotischen Gefühle in unserer evangelischen Gemeinde respektiert?

2. Sind Sie damit einverstanden, daß man sich der Verbreitung des Antimilitarismus in Wort und Schrift in unserer Gemeinde widersetzt?

3. Sind Sie der Ansicht, daß sich unser Herr Pfarrer jeglicher politischen Tätigkeit in- und außerhalb der Kirchengemeinde enthalten soll?

Auf diese Fragen antwortete selbstverständlich mancher mit Ja, der dies in bezug auf jene andere nie tun würde. Aber dieses Ja ist als der Strick gedacht, mit dem man Waldvogel als Pfarrer von Siders abtun will. Vielleicht rechtfertigen die Kriegshelden ein solches Vorgehen als „Umgehungstaktik“!

Selbstverständlich versucht man gegen solche Pfarrer, die man in allen Tönen preisen würde, falls sie dem Maschinengewehr (oder Flugzeug!) und dem großen Geldbeutel ihren Segen gäben, allerlei Anklagematerial zusammenzubringen, etwa in dem Stil, wie das jüngst auch jener famose Hans Vollenweider der „Neuen Zürcher Zeitung“ gegen Pfarrer Kobe gemacht hat. Da ist immer *ein* Zug charakteristisch, wie ich ja selbst als Pfarrer, Professor und sonst reichlich erfahren habe: Es treten Leute gegen solche Vorkämpfer einer mißliebigen Sache auf, die sich nie auch nur die geringste Mühe gegeben haben, sie wirklich zu hören, oder sonst kennen zu lernen. Man tut, als ob sie nie von etwas anderem redeten oder schrieben, als von Sozialismus (wenn nicht Kommunismus!) und Antimilitarismus, statt „das Wort Gottes zu predigen“. Dabei sind es — wie wieder die Erfahrung zeigt — durchs Band Leute, die nicht nur *solche* Pfarrer nicht hören, sondern auch anders gesinnte nicht hören würden — ausgenommen vielleicht am Betttag — und denen der Gedanke an das Wort Gottes weder den Jaß noch den Schlaf stört. Und die sind es dann auf einmal, welche sich des Wortes Gottes, der richtigen Auslegung des Evangeliums und der Aufgabe der Kirche annehmen!

Ich mahne zum Aufsehen! Man muß wissen, was vor sich geht. Protestantische Kirche — willst du es wirklich dulden, daß vortreffliche, von Christus und vom Reiche Gottes ergriffene Pfarrer von solchen vertrieben werden, denen doch ganz gewiß alles andere wichtiger ist, als die Sache Christi, die Sache Gottes? Willst du da einwilligen, daß das Bekenntnis zum Maschinengewehr und zum großen Geldbeutel an die Stelle des Bekenntnisses zu Christus und dem Reiche Gottes tritt?

Gottes Herrschaft über das gesamte Leben.

Ich lese folgende offiziöse Mitteilung: „Eine ökumenische Studienkonferenz fand vom 4. bis 8. Mai in Hemmen (Holland) statt. Sie befaßte sich mit der Vorbereitung des Hauptthemas der nächsten Weltkirchenkonferenz im Jahre 1937: Volk, Staat, Kirche. Die Konferenz studierte einige besondere Probleme, die jenes Hauptthema einschließt, vor allem den Totalitätsanspruch des heutigen Staates. Dieser erscheint unvereinbar mit dem Totalitätsanspruch der Kirche, die Gottes Herrschaft über das gesamte Leben zu verkünden hat. In der Geltendmachung der Souveränität Gottes im öffentlichen Leben wird eine stärkere Verantwortlichkeit des Christen auch als Bürger für die Gestaltung des Staates sichtbar. Die Studienkonferenz vereinigte Vertreter von Kirchen aus England, Frankreich, Holland, Deutschland, den skandinavischen Ländern, der Tschechoslowakei, Rußlands und der Schweiz, die vertreten war durch Pfarrer Peter Barth und Prof. Adolf Keller; den Vorsitz führte Prof. Dr. Max Huber aus Zürich.“

Dazu möchte ich eine bescheidene Frage stellen: Der „Totalitätsanspruch der Kirche“ und „Gottes Herrschaft über das gesamte Leben“ — hören sie auf dem Exerzier- und Schießplatz der Kaserne *auf*? Oder sind sie etwa nur eine theologische Floskel?

hat und die Art, wie er es berichtet, ist nicht uninteressant und gewiß ist auch nicht alles falsch gesehen. Trotzdem ist das Buch als Ganzes so verfehlt, wie der Angriff auf Blumhardt. Es gibt Leute, die sehen überall Bolschewismus, Judentum oder Freimaurertum, Schütz sieht überall „Titanismus“, „Autonomismus“ der Menschen, auch wo gar nichts derartiges vorliegt. Es gibt Leute, die reifen mit dem Baedeker in der Hand — gewiß eine wenig originale Art; Schütz reift, wie gesagt, mit Barths Dogmatik in der Hand. Das ist gewiß originaler, aber allzu original. Ich glaube fast, der Baedeker wäre hier doch besser! L. R.

Benedikt Mani: Die Bundesfinanzpolitik des Schweizerischen Bauernstandes in der neueren Zeit. Anton Rudolf, Zürich.

Diese sehr gediegene und lebendig geschriebene, schon vor einiger Zeit ausgearbeitete und veröffentlichte Dissertation ist heute vielleicht noch aktueller als damals. Sie ist sehr zu empfehlen. L. R.

Worte.

In jeder Niederlage, die für die Sache Gottes erlitten wird, ist der Keim eines Sieges verborgen.

*

Die Wahrheit gefangen halten, heißt Gott selbst gefangen halten.

*

Jede Liebe geht von einer Freude aus.

*

Der Mensch hat nie seinen vollen Wert außer da, wo er so vollkommen frei ist, als es die der seinigen entsprechende Freiheit des Andern erlaubt. *Vinet.*

Berichtigung. Im *Maiheft* ist zu lesen: S. 210, Z. 1 v. unten: „ginge“ (statt „ging“); S. 253, Z. 16 v. ob. „nur“ (statt „nun“); S. 262, Z. 3 v. unt. „illoyal“ (statt „illegal“); S. 263, Z. 17 v. ob. „Herr“ (statt „Hans“); S. 263, Z. 20 v. unt. „darin willigen“ (statt „da einwilligen“).

Redaktionelle Bemerkungen.

Meine Entschuldigung wegen dem zu sehr angeschwollenen Umfang der Rubrik „Zur Weltlage“ ist wieder von mehreren Lesern mit einem lebhaften *Protest* beantwortet worden. Gerade dieser Teil der „Neuen Wege“ dürfe nicht verkürzt werden! Das soll mich zwar nicht zum Mißbrauch ermuntern, aber mich trösten, wenn in diesen Zeiten, wo das *Politische* so stark die Welt beherrscht, es auch in den „Neuen Wegen“ entsprechend im Vordergrund stehen muß.

Man beachte, daß diesmal die Rubrik „Zur Weltlage“ besonders früh abgeschlossen werden mußte. Es geschah schon am 8. Juli. Was seither geschehen ist, muß im wesentlichen das *Juli-Augustheft* beschäftigen. Dieses soll Ende Juli oder anfangs August erscheinen. Eine Äußerung zum Verhältnis von *Freigeldbewegung* und *religiösem Sozialismus* ist mir leider erst nach Redaktionsschluß zugekommen. Sie soll im nächsten Heft erscheinen.

Bitte, werbt beim Semesterwechsel eifrig für die „Neuen Wege“! unsere Freundin Frau *Alice Herz* hält, aufs wärmste empfohlen. Sie werden da-